

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Bankkonto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenzeile (Masse's Beilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Untliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshafien des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. A. Försters Erben. (Zuh. R. M. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 30

Sonnabend, den 5. Februar 1927

79. Jahrgang

Pulsnitzer Bank
e. G. m. b. H.
Pulsnitz und Ohorn

Wir verzinsen
Bareinlagen
zu günstigen Sätzen
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft
Zweigstelle Pulsnitz

Das Wichtigste

Im Reichstag wurde die große Aussprache fortgesetzt.
In Berlin wurden am hellen Tage zwei verwegene Raubüberfälle verübt.
Nach einer Meldung der Berliner Morgenblätter brach in der vergangenen Nacht im Schlosse Ramisch in Mähren Feuer aus. Nach Abschließen des Brandes wurden die blutüberströmten Leichen des Schlossbesizers, seiner Frau und des Dienstmädchens gefunden. Alle drei Personen waren durch Atzhitze getötet worden. Die Mörder hatten die Wohnung ausgeraubt und dann Feuer angelegt, um die Spuren des Verbrechens zu beseitigen.
General von Pamelz gab einem Pariser Blatt Erklärungen über die Stärke der deutschen Ostfestungen.
Wie die Berliner Morgenblätter aus Rom berichten, billigte der italienische Ministerrat auf Vorschlag Mussolinis den Entwurf zu einem königlichen Erlass, in dem die Ermächtigung zur Einbringung eines Gesetzesentwurfes zur Ausführung des am 29. Dezember 1926 in Rom zwischen dem Deutschen Reich und Italien geschlossenen Ausgleichts- und Schiedsvertrages erteilt wird.
Die Bank von England sucht in Dänemark und Deutschland die Nachkommen eines im Jahre 1811 auf Ceylon gestorbenen deutschen Seemannes namens Mansfeld, dessen damalige Hinterlassenschaft von 300 000 M. inzwischen auf über 8 Millionen Mark angewachsen ist.
In Bozen wurde vorgeschlagen in einem reichsdeutschen Reisenden Filmrollen in 600 Meter Länge beschlagnahmt, da es sich um Filme handelt, die für die Einfuhr nach Italien nicht zugelassen sind. Dem Reisenden wurde eine Geldstrafe von 50 000 Lire auferlegt.
Nach einer Meldung aus Paris sind die deutschen Staatsangehörigen Rosenfeld und Ohme, die als Feldwebel bzw. Kompagnieschreiber bei der Fremdenlegation in Warschau standen und während des Krieges zu Abd el Krim übergegangen waren, von dem französischen Kriegsgericht in Metz zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.
In der weißrussischen Stadt Kosowo fand anlässlich des Jahrmärktes eine gewaltige Demonstration gegen die Verhaftung der 5 weißrussischen Abgeordneten statt. Als die aus der ganzen Umgebung herangezogene polnische Polizei gegen die Demonstranten vorgehen wollten, kam es zu einer regelrechten Straßenschlacht, bei der 4 Personen getötet und 17 schwer verletzt wurden.

Keine Sensation mehr.

Die erste Spannung, mit der man bei allen Parteien im Reiche der Regierungserklärung des neuen Kabinetts entgegen sah, ist einigermaßen gelöst. Nicht der Vortrag der Regierungserklärung durch den Reichskanzler Dr. Marx, der ohnehin oft von der sehr angeregten Unterhaltung der Abgeordneten übertrumpft wurde, war das Hauptereignis des ersten Tages der großen Debatte. Auf allen Bänken des Parlaments war man vielmehr gespannt auf die Ausführungen des Führers der Deutschnationalen. Die Opposition hatte sich sofort zusammengefunden, und so mußte es die Regierung am Tage ihrer Vorstellung gleich erleben, daß drei Mißtrauensanträge, und zwar von den Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten gegen sie eingebracht wurden.
Wie immer beim Parlamentarismus wird ja die Politik nicht vor den Augen der Tribüne gemacht, sondern spielt sich hinter den Kulissen ab. Kein Wunder daher, wenn an demartig hochwichtigen Tagen, wie am Donnerstag und Freitag, allerhand Gerüchte umgehen. So wollte man wissen, daß der neue Finanzminister ganz offen seinen Unwillen über die Rede des Grafen Westarp geäußert habe und daß er sein Ministeramt gleich wieder habe zurückgeben wollen. Bisher ist dieses Gerücht aber nur ein Gerücht geblieben. Dann hieß es, Marx und Stresemann hätten ihren deutschnationalen Ministerkollegen ernste Vorhaltungen gemacht. Es hat aber keinen Wert, solchen Vermutungen weiter nachzugehen. Erst müssen sich die Bogen glätten, und dann werden wir's sehen, wie es um die neue Regierung steht und was wir von ihr zu erwarten haben.

Der zweite Tag der großen Debatte zeigte einige Nervosität im hohen Hause. Im Zentrum ist die Beurteilung der Rede des Grafen Westarp nicht ganz einheitlich. Man verlangt schärfer umrissene Programmklärungen als sie Graf Westarp gegeben hat. Das Zentrum will auch jetzt noch keine Fühlung nach links nicht ganz aufgeben. Außerdem will man die Unzufriedenen in der eigenen Partei versöhnen,

Fortsetzung der großen Aussprache

Falsche Krisengerüchte — Verühigende Erklärung Westarps

Aufstand in Schanghai? — Die italienische Presse zur deutschen Regierungserklärung
Das Vertrauensvotum der Regierungsparteien — Frankreich zu den letzten deutschen Ereignissen

Das Hohe Haus beruhigt sich.

Als der Reichstagspräsident am Freitag mittag die Sitzung eröffnete, lag ein Krisengerücht im Hause. Die Abgeordneten brachten aus dem Reichstagsrestaurant etwas nervöse Stimmung in den Saal. Man wollte allerhand wissen und gehört haben, daß dieser und jener unzufrieden sei, daß sogar ein Minister sein Amt schon wieder zur Verfügung gestellt habe und dergleichen ähnliche Dinge, wie sie bei nervösen Leuten leicht auskommen. Ist ja auch kein Wunder, daß man etwas mürrisch ist; die Debatten sind endlos lang, jeder Redner muß die ihm zugewandene Stunde Redezeit aus, und die anderen Kollegen müssen sich das mit anhören, was sie schon vielleicht längst wissen. Die nervöse Spannung konnte gottlob! schnell behoben werden. Herr von Guérard vom Zentrum und Graf Westarp von den Deutschnationalen schlossen beide mit zuversichtlichen Worten ihre Rede, und damit war alles klar. Die Krise ist behoben, langsam verzieht sich die schwüle Luft im Saale, und bald plätschert lustig der Redefluß der zweiten Rednergarnitur dahin. Der Reichstagsaal leert sich wieder langsam, während der Wirt im Restaurationsraum von Minute zu Minute mehr Gäste begrüßen darf, die sich bei einem guten Tropfen langsam erholen und beruhigen.

Fortsetzung der großen Aussprache.

Deutscher Reichstag.

263. Sitzung vom Freitag 4. Februar.

Auf der Tagesordnung der Reichstagsitzung am Freitag stand die Fortsetzung der politischen Aussprache.

Abg. von Guérard (Ztr.) beschäftigt sich einleitend mit den Worten, die der Sozialdemokrat Müller-Franken zur Regierungserklärung fand, und weist dann auf die Zeiten hin, in denen Zentrum und Sozialdemokratie zusammenarbeiteten.

Wenn jetzt auch die politischen Notwendigkeiten das Zentrum auf andere Wege geführt hätten, so sei doch zu hoffen, daß die Fühlungnahme nach links nicht ganz verloren gehe. Zentrum und Sozialdemokraten seien nur durch eine dünne Linie getrennt.

Guérard wirt den Sozialdemokraten vor, daß sie Seite an Seite mit den Kommunisten bei der Fürstenabfindung kämpften und den Kompromißantrag des Zentrums nicht annahmen. Um so überraschender sei es gewesen, daß die Sozialdemokratie nachher einem Vergleich zustimmte, der in vielen Punkten für sie ungünstiger war. Eine solche Politik sei nicht zu verstehen. Infolge der Haltung der Sozialdemokratie habe man eine Koalition mit den anderen bürgerlichen Parteien ins Auge fassen müssen. Der Reichspräsident habe schon im Dezember eine Regierung der Mitte nicht für möglich gehalten. Eine Reichstagsauflösung würde keine wesentliche Klärung der Verhältnisse gebracht haben. In dem Zentrumsmanifest hätte die Partei ihre innen- und außenpolitischen Grundlinien klar herausgearbeitet. Damals sei Marx die Tür zu Verhandlungen geöffnet gewesen. Von Marx seien Richtlinien aufgestellt worden, die aus dem Zentrumsmanifest das Wesentliche herauszogen. Diese Richtlinien seien von den anderen Parteien angenommen worden. Sie enthielten auch den Hinweis auf Fortführung der bisherigen Außenpolitik. Die neue deutsche Regierung stehe mit dem deutschen Volke zu Locarno und Genf.

Fragen an den Grafen Westarp.

Graf Westarp habe nun einige Punkte aufgeworfen, die dringend der Klärung bedürfen.

Mit einiger Schärfe habe Graf Westarp ferner betont, daß die Abmachungen über die Ostfestungen noch nicht im Weisheit der neuen deutschnationalen Minister vom Kabinett angenommen worden seien. Die Zweideutigkeiten hätte er die Deutschnationale Fraktion aufzuklären. Weiter habe Graf Westarp gesagt: Solange ein fremder Soldat auf dem Boden des Reiches stehe, könne von

einer wirklichen gegenseitigen Verständigung nicht die Rede sein. Er sei überzeugt, meinte Guérard, daß hier lediglich ein Fehler des Wortes vorläge. Nicht die Verständigung werde abgelehnt, sondern es müsse heißen, daß man die Verständigung erst dann anerkenne, wenn die Verständigung erreicht sei.

Daß sich bei den Verhandlungen mit den Deutschnationalen Schwierigkeiten zeigen mußten, sei selbstverständlich, aber die Sicherung sei durch Annahme der Richtlinien von den Deutschnationalen gegeben worden. Einer Parole gegen die Sozialdemokratie könne sich das Zentrum nicht anschließen.

Zwischen ist ein völkischer Mißtrauensantrag eingegangen, der sich gegen den Reichskanzler Dr. Marx, den Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Finanzminister Dr. Köhler richtet.

Abg. Koch-Weser (Dem.) erklärt, die Rede des Grafen Westarp stehe unter dem Zeichen des Fluchs einer achtjährigen hemmungslosen Opposition. Das Zentrum habe das Bekenntnis einer schönen Seele erwartet. Aber was man erlebt habe, war kein Bekenntnis, sondern eine Masterade. Reichskanzler Marx habe seine Bemühungen, eine Koalition der Mitte zu bilden, vorzeitig aufgegeben.

Die Demokraten werden, so erklärt der Redner zum Schluß, in einer sachlichen und selbstverständlichen Opposition mehr leisten können und die Kontrolle darüber besser in der Hand haben, ob die Mitglieder der Regierung mit ihren Richtlinien Schritt halten können und wollen, als in der Regierung.

Westarps Antwort.

Unter allgemeiner großer Spannung gab alsdann Graf Westarp eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

Den Gedanken an eine Politik der Gewalt habe er schon wegen Deutschlands Wehrlosigkeit als ausgeschlossen erklärt. Deshalb hätte sich seine Partei eine Außenpolitik mit dem Ziele gegenseitiger Verständigung im Einklang mit der Regierungserklärung zu eigen gemacht. Die einfache Feststellung der Tatsache, daß die deutschnationalen Minister an dem letzten Kabinettsbeschlusse über Ostfestigungen und Kriegsgerät nicht teilgenommen hätten, weil sie teils noch nicht ernannt waren, teils ihr Amt noch nicht angetreten hatten, hätte eine unverständliche Erregung hervorgerufen. Selbstverständlich sei es, daß die deutschnationalen Minister, nachdem sie Mitglieder des Kabinetts geworden seien, den Beschluß durchzuführen bereit wären. Die Ueberzeugung endlich, daß das Werk der gegenseitigen Verständigung seine Bewirklichung nicht gefunden habe, solange deutsches Land von fremden Truppen besetzt sei und unter fremder Herrschaft stehe, sei Allgemeingut.

Westarp schloß mit den Worten, daß er damit das Seinige zur Aufklärung von etwaigen Mißverständnissen getan habe; gegen Mißdeutungen sei niemand geschützt.

Für die Bayern spricht der Abg. Leicht (Bay. Volksp.) nur einige wenige Worte. Er weist auf die zahlreichen Bemühungen hin, der zustand gekommenen Regierung Steine in den Weg zu legen. Ueberraschenderweise habe man diesen Versuch auch nach der Rede des Abgeordneten Westarp am Donnerstag wiederholt. Seine Partei billige die Regierungserklärung und werde die Regierung loyal unterstützen.

Der Abg. Henning (Deutschn.) begründet das völkische Mißtrauensvotum gegen den Kanzler, den Außenminister und den Finanzminister.

Die Debatte wird dann für eine Stunde unterbrochen.

Nachdem die neue Sitzung des Reichstages um vier Uhr wieder eröffnet worden ist, legt zunächst der Kommunist Stöder eine Interpellation vor, in der behauptet wird, der neue Innenminister, von Reudell, habe auf seinem Gut eine Abteilung der verbotenen Olympia-Organisation beherbergt. Von rechts werden Hurra laut: „Soviel Worte, soviel Quatsch!“ Die Interpellation wird zurückgestellt.

In der politischen Aussprache spricht als erster Redner der

